

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918 12 (1898)

59 (11.3.1898) [laut Vorlage Nr. 50]

[urn:nbn:de:gbv:45:1-249869](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-249869)

Norddeutsches Volksblatt

Organ für die Interessen des werktätigen Volkes. Nebst der illustrierten Sonntagsbeilage: „Neue Welt“.

Das „Norddeutsche Volksblatt“ erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und gesetzlichen Feiertagen. — Abonnementpreis pro Monat (inkl. Beilage) 70 Pfg., bei sechsmonatlicher 40 Pfg.; und die Post bezogen (Vierteljahrspreis) 1,20 Pfg., jährlich 2,40 Pfg., für 3 Monate 1,40 Pfg., monatlich 70 Pfg., evtl. Beilage.

Redaktion und Expedition:
Bant, Neue Wilhelmshavener Straße 38.
Telephon - Anschlag Nr. 54.

Interate werden die fünfzehntägigen Korrespondenzen oder deren Raum mit 10 Pfg. berechnet; bei längerer Besetzung des Raumes nach höherem Tarif. — Interate für die laufende Nummer müssen bis spätestens 12 Uhr Mittags in der Expedition aufgegeben sein. Größere Interate werden früher erbeten.

Nr. 59.

Bant, Freitag den 11. März 1898.

12. Jahrgang.

Deutscher Reichstag.

57. Sitzung vom 8. März.

Am Bundesratspräsidenten v. Hübner, Niederberg. Die Beratung des Bundesrats über die Aufnahme der Rugsportregeln in das Vereinsgesetz des Reichs ist noch im Interesse der fernsitzenden Mitglieder nicht beendet in erster und zweiter Lesung angenommen.

Über die erste Beratung der Novelle zum Bürgerrechtsgesetz.
Abg. Wacour (Cent.) wendet sich gegen die Reformen besonders zu Gunsten des platten Landes.
Abg. Schumann (Soz.) erklärt sich gegen die Ausdehnung des Reichsrechts nicht sowohl im Interesse der Reichsangehörigen als vielmehr wie dem Publikum. Dieser Zeit ist in den Notizen zum Bürgerrechtsgesetz die Bedeutung der Reichsangehörigen im Verhältnis zu den Reichsangehörigen nicht vollständig zum Ausdruck gekommen. Die Reichsangehörigen sind nicht nur die Träger der Reichsangehörigkeit, sondern auch die Träger der Reichsangehörigkeit im allgemeinen. Die Reichsangehörigen sind nicht nur die Träger der Reichsangehörigkeit, sondern auch die Träger der Reichsangehörigkeit im allgemeinen.

Staatsminister v. Hübner: Der König von Sachsen hat ein Recht auf freie Willkür seiner Willkür durch die Reichsorgane, also sein Interesse an der Beibehaltung der Reichsorgane. Ich darf hoffen die Reichsorgane der Reichsorgane im allgemeinen durch nicht angegriffen, doch gibt es unter ihnen auch rechtliche Gründe.

Abg. Dr. Höpfer (Wittn.) verlangt weitgehende Ermäßigungen. Das Porto für einige Briefe konnte auf 5 Pfg. und für gewöhnliche Briefe auf 3 Pfg. herabgesetzt werden. Die Ausdehnung des Reichsrechts ist durchsichtiger. Eine Entscheidung über die Reichsangehörigen ist gegeben.
Reichsminister v. Hübner: Die Reichsangehörigen haben kein „wahrnehmbares Recht“, das geschützt werden muss. In der Ausübung des Reichsrechts, ersterer Parte muss die Reichsangehörigen sein.
Abg. Wacour (Cent.): Die Vorlage (siehe 1. bis 10. Pfg.) ist angenommen worden, wenn sie bringt ausreichende Vorteile. Warum sollen die 1/2 Mill. Bewohner der großen Städte den Vorteil dieser Reichsangehörigen haben, wenn die übrigen 14 Mill. ausgeschlossen sind. Nach dem Reichsrecht ist die Reichsangehörigkeit des platten Landes beibehalten. Die Reichsangehörigkeit ist wichtiger, als die Reichsangehörigkeit. Die Reichsangehörigkeit kann den Reichsangehörigen nicht an Reichsangehörigen, sondern nur an Reichsangehörigen gewährt werden. Sie wird höchstens eine halbe Million beanspruchen. Die 2000 Reichsangehörigen der Reichsangehörigen sind nicht unterteilt.

Abg. Wacour (Soz.): Wenn die oberirdischen Bauern und Landarbeiter in die großen Städte gehen, so thun sie es nicht wegen des höheren Lohnes, sondern um der (schlechten) Behandlung zu entgehen, die ihnen die Handwerker angedeihen lassen. (Sehr richtig!) bei den Sozialdemokraten) Bestrebungen, das sich jetzt die Parteien so leb-

haft für eine Entscheidung der Reichsorgane einlegen. Dabei ist doch geschwiegen, als das Sozialdemokratische Zentrum und Sozialdemokratische Zentrum die Reichsangehörigkeit in der Reichsangehörigkeit. Die Reichsangehörigkeit ist nicht nur die Träger der Reichsangehörigkeit, sondern auch die Träger der Reichsangehörigkeit im allgemeinen.

Staatsminister v. Hübner: Meine Erklärung, das ich es für meine vornehmste Pflicht halte, das Reichsangehörigkeit zu wahren, wird der Reichsangehörigkeit des Reichsangehörigen. Das Reichsangehörigkeit ist nicht nur die Träger der Reichsangehörigkeit, sondern auch die Träger der Reichsangehörigkeit im allgemeinen.

Abg. Wacour (Soz.) beklagt die Reichsangehörigkeit. Die Reichsangehörigkeit ist nicht nur die Träger der Reichsangehörigkeit, sondern auch die Träger der Reichsangehörigkeit im allgemeinen. Die Reichsangehörigkeit ist nicht nur die Träger der Reichsangehörigkeit, sondern auch die Träger der Reichsangehörigkeit im allgemeinen.

Abg. Wacour (Soz.): Die Reichsangehörigkeit ist nicht nur die Träger der Reichsangehörigkeit, sondern auch die Träger der Reichsangehörigkeit im allgemeinen. Die Reichsangehörigkeit ist nicht nur die Träger der Reichsangehörigkeit, sondern auch die Träger der Reichsangehörigkeit im allgemeinen.

Politische Rundschau.
Deutsches Reich.
Im Bundesrat sind, wie die „V. P. N.“ hören, die Bestimmungen über die Beschäftigung von Arbeitern in Konfektionsfabriken und über

die Beschäftigung von Arbeitern bei der Herstellung elektrischer Akkumulatoren in Vorbereitung. Da die sogenannte Beschäftigung erhebliche Gefahren für die Gesundheit der Arbeiter mit sich bringt, soll namentlich auch ein Maximum für die Zeit bestimmt werden, während welcher die Arbeiter, insbesondere mit dem Eintritte der Fällmasse in die Platten beschäftigt werden dürfen.

Aus dem Reichstage. Auf der Tagesordnung standen die Anträge des Zentrums und der freisinnigen Volkspartei auf gesetzliche Anerkennung der Berufsvereine. Schon vor acht Tagen, am letzten Schwereinstag, wurde die Beratung begonnen worden, gestern wurde noch ein ganzer Tag daran gewendet und obwohl die Diskussion fünf volle Stunden währte, kam man nicht mit der ersten Beratung zu Ende. Hoffentlich hindert das nicht, daß die Anträge noch in dieser Session in zweiter und dritter Beratung erledigt werden. Es wäre wirklich schade, wenn auf diese Weise der Bundesrat sich um die Frage herumdrücken konnte und nicht Farbe zu bekennen brauchte. Die gestrige Debatte war sehr ausgiebig. Zuerst sprach der bekannte Großindustrielle der national-liberalen Partei, der Baron Heyl zu Herrnsheim, der von Neuem den Nachweis erbrachte, daß er und seine engeren Freunde in der Fraktion sich schon völlig befehligt haben. Er bekämpfte die Anträge, wie jede einseitige Arbeiterorganisation und schwärzte angeblich im Interesse des sozialen Friedens für gemeinschaftliche Organisationen zwischen Arbeitern und Arbeitgeber. Nach ihm befiel unter Genosse v. Elm die Tribunale zu einer zweifelhafte Rede. Er ging überaus gründlich zu Werke und führte reiches, statistisches Material vor. Seine Ausführungen hätten jedem wissenschaftlichen Forscher zum Stutzen gereicht, sie bildeten nebenbei eine glänzende Abfertigung der neuartigen Rede des Abg. v. Stumm. Genosse v. Elm wird überzeugend die großen Leistungen der Gewerksvereine auf dem Gebiet der Unternehmungsweises nach und gab ein anschauliches Bild der Gewerksvereinsverhältnisse in England. Aus einem eigenhändigen Brief von Sydney Webb konnte er Herrn v. Stumm nachweisen, daß Alles, was dieser über den englischen Sozialpolitiker und seine Stellung zu den Gewerksvereinen gesagt hatte, reinste Fäulerei gewesen war. Neiges statistisches Material führte Elm auch aus Amerika an, um den Segen der Berufsorganisationen für die Arbeiter zu erweisen. Späthart kam dabei die Unterbrechung des Redners seitens des freisinnigen Vizepräsidenten Schombdt, der die Bestimmung der Geschäftsordnung, die das Verlesen von Reden verbietet, auf das Verlesen von statistischen Zahlen aus-

zuweisen mußte. Rein, sie ist das einzige Mittel zur Erneuerung der Gesellschaft, das Sie kennen, das Sie wünschen. Sie fürchten es nicht. Sie befürchten es leichteren Herzens betaus. Es ist gerade, wie wenn Sie von einem Spiele sprechen, das Sie amüsiert. Sie fürchten nur, man könnte Sie dieses Vergnügens berauben. Sie greifen nicht zu, daß man einer blutigen Revolution durch geeignete Reformen entgegen kann. Sie gehen sogar so weit, daß Sie das Verbot des allgemeinen Stimmrechts befehlen, weil er das Sicherheitsverbot ist, das die Maßnahme vor dem Indulgenzen bewahrt. Sie protestieren gegen jede friedliche Eroberung irgend einer ihrer Fortschritte für die Arbeiterklasse. Nun wohl! Wissen Sie, was Sie damit thun? Sie proklamieren damit das Recht des Stärkeren, das Faustrecht. Wie nur irgend ein verdochter Nationalökonom, so nehmen Sie damit in der Theorie den Kampf ums Dasein mit all seinen Schrecken als berechtigt hin. Sie geben damit dem Reichen Recht, der den Armen vernichtet. Sie billigen das Vorgehen des Arbeitgebers, der den Arbeiter kauft. Sie rufen: Welche den Schmach! Und Sie nennen sich Sozialisten, die für die Enttötung sorgen wollen? Gehen Sie doch! Sie sind die Anbeter der brutalen Kraft. Aber ich habe es Ihnen schon gesagt, und wiederhole es Ihnen, Sie sind keine. Sie können keine wahre Sozialisten sein.

„Was sind wir denn aber?“ unterbroch Sigismund ihn, indem er sich Wille gab, seinen spöttischen Ton beizubehalten.

nehmen sollte. Nach dem Stossen von Elm sprach die Abg. Jacobstetter und Hite. Des Letzteren Rede bildete eine scharfe Polemik gegen Herrn von Stumm, der nur wohl am nächsten Schwereinstag noch einmal zu Worte kommen wird. Heute steht das Gesetz betr. die freiwillige Gerichtsbarkeit und die Novelle zur Dampfsubvention auf der Tagesordnung.

In der Reichstagskommission für die Militär-Justizreform wurde heute die zweite Beratung der Vorlage festgesetzt bei § 172, der von der vorläufigen Befristung handelt. Nach der Regierungsvorlage sollten Offiziere nur durch Polizeibeamte festgenommen werden können, wenn sie bei Begehung eines Verbrechens auf freier That betroffen werden. In erster Lesung ist diese Bestimmung gestrichen worden. Abg. v. Bezobow beantragte Wiederherstellung der Regierungsvorlage. Abg. Gröber stellte den Antrag, in der Regierungsvorlage zu fassen: wenn er bei Begehung eines Verbrechens oder eines Vergehens, bei welchen auch der Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erfaßt werden kann, auf freier That betroffen oder verfolgt wird.“ Mit diesem Zusatz wurde die Regierungsvorlage wieder hergestellt, nachdem der Kriegsminister v. Goltz damit sich einverstanden erklärt hatte. Im Fortgang der Verhandlungen werden jumeist die Beschlässe erster Lesung aufrecht erhalten, zum Teil modifiziert durch Anträge Gröbers. Wesentlich ist nur eine Änderung in dem Anknüpfen über die Vertheibigung. In erster Lesung war u. A. beschlossen worden, als Vertheibiger zuzulassen, „Rechtsanwälte, welche bei einem deutschen Gerichte zugelassen sind, insoweit bürgerliche Verbrechen oder Vergehen der Gegenstand der Anklage bilden.“ Diese Fassung wurde heute auf Antrag Gröber durch die folgende ersetzt: „Rechtsanwälte, welche von der obersten Militärjustizverwaltung ernannt sind.“ Dem § 326 wurden aber folgende beiden Absätze hinzugefügt: „Bei den Kriegsgerichten und Oberkriegsgerichten werden durch die erste Militärjustizverwaltung aus dem Reichsmilitärgericht durch seinen Präsidenten und aus dem Sitz des Reichsmilitärgerichts wohnenden Rechtsanwälte nach Maßgabe des Bedürfnisses und nach Befragung der Anwaltskammer mehrere Rechtsanwälte ernannt, welchen die Vertheibigung übertragen werden kann und welche die Übernahme der Vertheibigung nicht verweigern dürfen. — Einem bei den deutschen Gerichten zugelassenen Rechtsanwalt ist auf seinen Antrag, die Übernahme einer Vertheibigung vor dem Militärgericht vom Gerichtsherrn zu gestatten, wenn nicht eine Gefährdung militä-

rische Interessen vorliegt.“

„Das ist ja etwas ganz Neues! Jetzt geben Sie mir wohl gar Unterricht im Sozialismus?“

„Warum nicht. Und da ich einmal angefangen habe, laß ich auch fort. Eine gewaltige Revolution ist für jeden Menschen mit gefunden Sinnen ein Schrecknis, eine blutige Krise, in der nicht nur Tausende von Menschenleben, sondern auch alles, was im Laufe der Jahre an Freiheiten errungen wurde, all die langsam erblühten Hoffnungen zu Grunde gehen können. Wer weiß, was eine solche Frühgeburt aus und unserer Sache kosten würde! Und für Sie ist ein solcher sozialer Gewittersturm nicht etwa das äußerste Mittel, das angewandt werden kann, die letzte Zuflucht, eine jener grausamen Nothwendigkeiten, eine jener verzeihlichen Operationen, die man erst anwendet, nachdem man alle Heilmittel verfußt hat, wenn man eben zwischen dem Messer des Arztes und dem Tode

„Das ist ja etwas ganz Neues! Jetzt geben Sie mir wohl gar Unterricht im Sozialismus?“

Eine Bekehrung.

Roman von Georges Renard.

Kontinuierliche Uebersetzung von Marie Kunert.

„Was mich am meisten in Erfahrung versetzt, ist, daß ein Redner wie Sie, Herr Roguet, — denn Sie scheinen ein begabter Redner zu sein — die Leidenschaft in die Axt erklärt haben. Wo- mit bewegen Sie denn die Menge, wenn ich fragen darf?“

Sigismund wurde durch diesen Eintrag, in ein Kompliment gekleideten Angriff in direkte Verlegenheit gesetzt. Allein, er ließ sich nichts merken und heilte sich zu erwidern:

„D, mich verdammen ist nicht alle Gefühle. Wir schämen und erregen diejenigen, welche wahrhaft männlich sind, wie den Jern gegen die Unterdrückung, den Mut zur Empörung, die Beharrlichkeit im Kampfe!“

„Ich verstehe Sie“, sagte Andre. „Sie lassen diejenigen zu, welche Spielarten des Daffes sind. Sie halten nur diejenigen für töricht, die mit der Liebe verdammt sind. Es scheint Ihnen finstlich und überflüssig, wenn man die Gerechtigkeit, die Humanität liebt, wenn man mit allen Sympathien, was lebt und leidet. Aber damit werden Sie niemals die Frauen für sich gewinnen, ohne eine große Anzahl Männer zu rechnen, die es sich zur Ehre anjagen, in diesem Punkte weiblich zu empfinden.“

Sigismund warf einen unruhigen Blick zu Johanna hinüber und hielt es für klug, den

Wortstreit über das Gefühl nicht weiter zu treiben. Er versuchte eine Ablenkung:

„Wenigstens werden wir das Volk für uns haben“, rief er, „und das brauchen wir zu einer Revolution.“

„Sie werden das Volk nicht mehr für sich haben, als die Frauen, wenigstens in Frankreich nicht. D, ich weiß wohl, Sie hoffen, das Volk werde Ihnen in seinem eigenen Interesse folgen. Sie glauben, daß es, um das Volk mit fortzureißen, genügt, ihm zuzurufen: „Geh mit uns und du wirst nicht mehr hungern.“ Ist es nicht einer der Jernigen, der den Vorstoß gemacht hat, der sozialen Frage den unwürdigen Namen der „Wagenfrage“ zu geben? Wohin, ich sage Ihnen, Sie fügen damit dem Volke Ihres Landes eine schwere Kränkung zu. Zweifellos hat es den berechtigten Wunsch, seine Lage besser zu gehalten. Aber trotzdem geht bei ihm der Wagen dem Herzen vor. Sie können es bewegen, für ihn liegen welche Vorteile einzutreten, aber führen können Sie es nur, wenn eine erhabene Idee, wenn edle Gefühle das Volk befehlen.“

„Sprechen Sie von der Gerechtigkeit“, fuhr Andre fort, „von der Ehre, vom Glüd der künftigen Menschheit zu ihm, wie es die Philosophen des vorigen Jahrhunderts so gut verstanden haben, und Sie werden sehen, welches Verlangen nach Aufopferung, welche Energie des Willens, welche Fieber des Heroismus unter seiner schwebenden Schwerfälligkeit verborgen liegen. Aber nein! Sie wagen es ja nicht, sich zu der Höhe dieser edlen Bestrebungen aufzuschwingen,

Sie wissen ihm nichts anderes zu predigen, als sein allergrößtes Eigeninteresse. Sie erniedrigen sich damit zur Rolle von Apollon des Egoismus. Und Sie nennen sich Sozialisten! Als wenn der Egoismus nicht der direkte Gegensatz der Solidarität, als wenn er nicht die Ursache der wilden Konkurrenz wäre, die Sie selbst verabscheuen. Sie ist die Rinde, an der die bürgerliche Gesellschaft, die Sie umwandeln wollen, verblutet. Gehen Sie, Herr Roguet, ich habe jetzt das Recht, Ihnen zuzurufen: Sie und Ihre Gleichen sind keine wahren Sozialisten.“

Sigismund sprang auf und rief mit Wachen, das nicht wahr war:

„Das ist ja etwas ganz Neues! Jetzt geben Sie mir wohl gar Unterricht im Sozialismus?“

„Warum nicht. Und da ich einmal angefangen habe, laß ich auch fort. Eine gewaltige Revolution ist für jeden Menschen mit gefunden Sinnen ein Schrecknis, eine blutige Krise, in der nicht nur Tausende von Menschenleben, sondern auch alles, was im Laufe der Jahre an Freiheiten errungen wurde, all die langsam erblühten Hoffnungen zu Grunde gehen können. Wer weiß, was eine solche Frühgeburt aus und unserer Sache kosten würde! Und für Sie ist ein solcher sozialer Gewittersturm nicht etwa das äußerste Mittel, das angewandt werden kann, die letzte Zuflucht, eine jener grausamen Nothwendigkeiten, eine jener verzeihlichen Operationen, die man erst anwendet, nachdem man alle Heilmittel verfußt hat, wenn man eben zwischen dem Messer des Arztes und dem Tode

deutlicher Interessen oder der Staatshörigkeit zu befragen ist. Wegen der Verlagerung der Bescheidigung steht dem Antragsteller die Rechtsbeschwerde an die oberste Militärjustizverwaltung zu: der Fortgang des Verfahrens wird durch die Einlegung der Rechtsbeschwerde nicht gestört. — Der Antrag der Konventionen auf Wiedereinführung, der aus der Regierungsvorlage in erster Lesung befristeten sogenannten „Friedensstrafe“ wurde abgelehnt.

Schließlich wurde folgende Resolution angenommen: „Die verbündeten Regierungen zu eruchen, nachdem der Vorrang der Veröffentlichungen über die Statistik, der von den bürgerlichen Gerichten erledigten Strafsachen auch die Veröffentlichung einer Statistik über die, nach der Militärstrafgerichtsordnung behandelten Fälle zu erwünschen.“

Das Einführungs- und das Disziplinargesetz werden im Ganzen unverändert nach den Beschläüssen erster Lesung bestätigt. Damit hat die Kommission die zweite Beratung zum Abschluß gebracht. In Bericht erstatten sind die Abg. H. Witt und D. Götz bestellt. Die Fertigstellung des Berichts soll möglichst beschleunigt werden.

Der Widerspruch zwischen der Flotten- und der Sammelpolitik hebt die Flottenfreundliche „Welter-Beilage“ scharf hervor. Sie schreibt zu dem bekannten Sammelaufruf Folgendes: „Wer die Lage der Dinge vorurtheilhaft und mit einiger Aufmerksamkeit ins Auge faßt, der muß sich fragen, ob das Schiffal unserer Kriegsmarine auch für Denjenigen der auf dem Standpunkte der Regierung steht, zu einer Frage zweiten Ranges herabfällt neben der anderen, bei der es sich geradezu um die Existenz Deutschlands als einer europäischen Großmacht handelt.“ Mit der jetzigen Gewalt würde man, wie bisher, so auch noch ein paar Jahre weiter wirtschaften können, ohne unser Ansehen in der Welt einzubüßen, und ohne die Quellen unseres Nationalreichtums, auf dem schließlich doch jenes Ansehen beruht, zu erschöpfen; was heute veräußert würde, kann morgen nachgeholt werden; es würde bedauerlicher, aber nicht verwerflicher. Wenn dagegen die Parteien, die gegenwärtig zur „Sammlung“ blasen, die Grundlagen unseres Wohlstandes, die Bedingungen unserer Volksernährung, wie sie sich im Laufe der Zeit gestaltet haben, vernichtet haben werden, wenn die Entroidelung gewaltsam auf die Stufe des agrarischen und jüngerlichen Staates zurückgeführt sein wird, dann wird die Stelle des heutigen blühenden und aufstrebenden Reiches eine verarmende, verfallende Nation treten, die nicht lange mehr im Stande sein wird, die Geldmittel auszubringen, ohne die es heutzutage keine Großmacht giebt. Was dann veräußert oder gefündigt sein wird, das wird nicht beliebig an einem späteren Tage nachgeholt oder gebessert werden können, das wird sich vielleicht niemals gutmachen lassen, jedenfalls nur mit unglücklichen Schwierigkeiten und mit den größten Opfern. Was in einem solchen Reiche das Schiffal der Kriegsmarine sein wird, das kann sich Jeder selbst fragen.“

Immer tiefer in's agrarische Fahrwasser fließen die Nationalliberalen hinein, und zwar nicht nur die bekannten Vorkämpfer der Landwirthschaft, sondern auch jene, welche bislang als „anti-agrarisch“ galten. Auch sie sind schon so weit, den Junktur höhere Getreidepreise ohne Weiteres zuzugestehen. In einer Landesversammlung der nationalliberalen Partei Bobens, die am Sonntag in Karlsruhe stattfand, erklärte der Reichstagsabgeordnete Baffermann, der über die Politik der Sammlung sprach: „Ob die heute vielfach verbreitete Ansicht zutrifft, daß es möglich ist, Handelsverträge mit einem autonomen Getreideexport unter Zulassung der Weitzbegünstigung abzuschließen, konnte heute nicht entschieden werden. Jedenfalls werde die nationalliberale Partei bei dem feineingetragenen Abschluß neuer Handelsverträge keinen Anstand nehmen, einen höheren Getreidepreis zu bewilligen, falls die Lage der Landwirthschaft noch so ungünstig wie gegenwärtig sein sollte.“ Diese Darlegungen werden mit stürmischem Beifall aufgenommen, sie fernzeichnen aber die Situation. Die Nationalliberalen haben in der agrarischen Stimmung jeden Halt verloren.

Einen Vergleichsmaßstab von den Wahlvereinstellungen, die bei den kommenden Reichstagswahlen zu erwarten sind, liefert das Vorgehen der Landwirthschaft in Silbeshelm. Diefelben befragen die Kaufleute offen mit dem Besatz, wenn sie nicht einen Bindele in den Reichstag wählen. Das dortige Bundesorgan schreibt u. A.:

„Daß der Silbeshelmer Kaufmann kein Herz für die Landwirthschaft, so haben wir auch kein Herz für ihn. Gute Waare giebt es heute überall, wir sind nicht gemungen, in Silbeshelm zu kaufen, und wenn wir bis dahin mit Rücksicht auf die häßliche Bevölkerung darauf verzichtet haben, Kaufmännereien und dergl. zu gründen oder gar von anderwärts zu beziehen, so kann sich auch das in ändern. Die Mittel haben wir dazu, und fällt die Reichstagswahl ungünstig für uns aus, so werden wir sie auch gebrauchen.“ In unerschütterlicher Weise sind Käufer wohl kaum jemals wirtschaftlich bedrückt worden, um sie durch Einschränkung für Wohlthede gefügig zu machen. Leider ist es fraglich, ob die Bedrohungen nicht haben werden, darauf die richtige Antwort bei den Wahlen zu geben. Um so

scharfer muß die Arbeiterschaft bei den kommenden Wahlen Alles einsehen, um diesem verurtheilten Treiben einen Dämpfer aufzusetzen.

Dem armen Mann wird nicht nur die Heiligherlast aufgedrückt, er soll auch noch für die Kommunalsteuer den Löwenanteil auf sich nehmen. So ist in Baden seit dem 1. März die Margarine für Rechnung der Stadt einer Verbrauchsabgabe unterworfen, welche 12 Pf. auf 100 Rilo Brutto beträgt, was pro Pfund Netto etwa 8 Pf. ausmacht. Derart wird ein Lebensmittel gerade der minder wohlhabenden Klassen einer einseitigen Kommunalbesteuerung unterworfen. Der Finanzminister v. Miquel hat nicht Anstand genommen, seinen Segen dazu zu geben. Diese neue Kommunalsteuer widerspricht zwar nicht dem Wortlaut, wohl aber dem Sinn des preussischen Kommunalabgabengesetzes. Das Kommunalabgabengesetz verbietet die Einführung von neuen Kommunalsteuern auf den Verbrauch „von Fleisch, Getreide, Mehl, Backwerk, Kartoffeln und Brennstoffe aller Art“. Margarine aber ist nicht minder wichtig als die vorbezeichneten Gegenstände für den Bedarf der minder wohlhabenden Klassen. Margarine bestreut und Butter freilassen von der Besteuerung ist doppelt ungerecht. Gerade die Arbeiterzahl zählt viele Tausende von Arbeitern, welche auf die Margarinekonsum angewiesen sind. Man rechnet auf einen Ertrag der Steuer von 35—40 000 Pf. Was wird im Einzelnen die Folge der neuen Besteuerung sein? Die Händler werden nur noch billigere Sorten führen können, weil die Verbraucher suchen werden, die Besteuerung durch eine geringere Qualität auszugleichen.

Die Justizpflege beschäftigt in den letzten Tagen der vorigen Woche zwei süddeutsche Landtage, und es ist als ein ermutliches Zeichen zu betrachten, daß — wenn auch einstweilen noch außer Acht gelassen — Jhreil an der Vortrefflichkeit der deutschen Jurisprudenz und an der Qualifikation eines Theils des Richterstandes gehärtet wurden. In der badischen zweiten Kammer tabelte es Genosse Gsch, daß bei Auswahl der Schöffen und Geschworenen eine gewisse Parteilichkeit herrsche, und weiter meinte er sich gegen das hebenbetone Betonen der früheren Strafen bei angeklagten Rekruten, die oft die infirmirten Artikel gar nicht geschrieben hätten. Ministerialdirektor von Rudroff bemerkte zu der letzteren Frage, daß an die Gerichte eine Weisung dahin ergangen sei, Strafen, die mit der vorliegenden Anklage nicht in Zusammenhang stehen, nicht zu berücksichtigen. Jede Strafe außer Betracht zu lassen, ist natürlich unmöglich. Die Justizverwaltung müsse aus dem Vorwurf als ungenügend zurückweisen, daß bei der Wahl der Schöffenrichter politische Rücksichten in Betracht kommen. — Das ist allerdings durchaus keine Überlegung der Behauptung Gsch's! — Eine schärfere Tonart wurde am Sonntage im badischen Richterstande und dem Anwaltsstande, der auf einen gewissen Gehmutz und eine gewisse „Schneidigkeit“ der jüngeren Richter zurückzuführen lie. Daran trage wohl das Referendariat einige Schuld. Beide Stände seien einander vollkommen gleichwerthig, und es könne die Achtung vor der Rechtspflege nur herabgemindert, wenn ein Faktor sich eine unangemessene Behandlung gefallen lassen müsse. — Sogar der Vertreter der Regierung, Ministerialdirektor Dittmar mußte zugeben: Daß die Ausbildung der jungen Juristen eine bessere, anstandsprechendere sein könne, empfinde die Justizverwaltung sehr wohl und behalte diese außerordentlich wichtige Angelegenheit im Auge.

Cefferreich-Üngarn.

Wien, 8. März. Der Rücktritt des Ministeriums Gausch in Cefferreich soll weniger in den inneren österreichischen Wirren als in der Frage des Ausgleichs mit Ungarn seine Ursache haben. Die Verhandlungen mit Ungarn über die Ausgleichsangelegenheit waren es, die den unmittelbaren Anlaß zum Rücktritt des Ministeriums gaben. Die Bemühungen des Herrn v. Gausch, mit dem ungarischen Kabinete eine Verständigung über die Luote zu erzielen, sind gänzlich erfolglos geblieben und damit mußte er seine Mission als gescheitert betrachten. Er nahm noch die Pflicht auf sich, die von ihm in Aussicht gestellte Sprachenordnung zu verlassen, damit das neue Ministerium die Verfassung dieser Maßregel bereits vorfindend und nicht damit belastet erscheine. — Ueber die Absichten des neuen Ministeriums wird berichtet: „Graf Thun will zunächst die Bildung eines Ministeriums der Koalition oder Konzentration versuchen. Sein Ministerium soll sich charakterisieren als eine Vereinigung des deutschen und slavischen Großgrundbesitzes, die durch gemeinsame wirtschaftliche Interessen aneinander gesetzt, durch Vertretung ihrer agrarischen Wünsche bei den kommenden Handelsvertrags-Verhandlungen völlig befriedigt werden sollen. Damit soll ein Keil in die deutsche Opposition eingedrungen werden. Durch die Ernennung Dr. Baerntreiters, eines mehr bürgerlichen Vertreters des deutschen Großgrundbesitzes Böhmens, soll die „deutsch-fortschrittlich“ Gruppe der Opposition von der Führung der deutsch-irredentistischen Abgeordneten Wolf und Schönerer losgelöst und damit die Obstruktion unmöglich gemacht werden. Vorkäufig wird vom Grafen

Thun der Verdacht jeder Staatsstreicheabsicht entfallen abgelegt. Zuerst das Geschäft, dann das Budget! Zuerst muß Budget und Ausgleich mit Ungarn fertiggestellt sein, dann kommen die staatsrechtlichen Ideale des neuen Herrn in Frage. ... Dem Grafen Thun schwebt wohl vor, daß der gezeigte Großgrundbesitz mit Hilfe seiner liberalen und nationalen Ruchläufer den Ausgleich mit Ungarn unter großen Zugeländnissen an das Ministerium Banffy fertigstellen kann, denn dem Großgrundbesitz ist die Höhe des Anteils Cefferreichs an den Kosten des gemeinsamen Staatshaushaltes ziemlich gleichgültig, dagegen hat er mit den Agrariern, die Ungarn beherrschen, fast die gleichen Interessen bei der Vorbereitung der Handelsverträge.

Italien.

Nam, 6. März. Wegen eines Zeitungsstreites fand hier zwischen dem Deputirten Masola, dem Direktor der „Gazzetta di Venezia“ und dem Deputirten Canalotti ein Duell statt, in welchem Canalotti in Folge eines Sabelstiches, der die große Schläger durchschitt, todt auf dem Plage blieb. — Canalotti, der so jämmerlich geendet, war 1842 geboren, jung schloß er sich Garibaldi an, unter dessen Truppen er ehrenvoll focht. Er war eine demokratische Natur, stimmte stets mit der äußersten Opposition. Erst in der letzten Zeit schien er der Regierung freundlicher gegenüber zu stehen.

England.

London, 9. März. Das gestern im Unterhaus verteilte Ausgabenbudget für die Marine-1897/98 schließt mit 23 778 000 Pfund Sterl. ab. Der Personalbestand soll um 6340 Mann, darunter 2000 Offiziere und 1000 Marineinfanterie, erhöht werden. Der Maschinenbauerausschuss hat den Bau der neuen Schiffe erstlich verzögert; für das kommende Jahr wird vorgezogen, den Bau von 3 Schlachtschiffen, 4 Kreuzern und des ferneren 4 Schaluppen zu beginnen, so daß im Ganzen 12 Schlachtschiffe, 32 Kreuzer, 6 Schaluppen, 4 Kanonenboote und 41 Torpedobootführer zu bauen sind. Wegen des Ausfalls sind die Ausgaben so sehr hinter der vom Parlamente bewilligten Summe zurückgeblieben, daß nicht beabsichtigt wird, eine neue Marinebautenbill vorzulegen. Die Mehrforderungen für 1898/99 betragen netto 1 440 400 Pfund Sterl.

Nordamerika.

Washington, 9. März. Das Repräsentantenhaus beschloß einstimmig, dem Präsidenten der Republik 50 183 000 Dollar zu Jwecken der internationalen Vertheiligung zur Verfügung zu stellen. Die Pantees sind in der Diplomatensprache so gut wie Anden beworben; daher erklären sie, daß dieser Kredit nicht zu Kriegszwecken, sondern für Maßregeln zu Gunsten des Friedens verwendet werden sollen.

Aus Stadt und Land.

Bant, 10. März. **Öffentliche Verträge.** Die Kartellkommission hat den Herrn Manfred Schmitt, Schriftsteller aus Leipzig, einer unserer besten Literaturkennner, für zwei Vorträge gewonnen. Diefelben finden statt am nächsten Sonntage in der „Arche“ und am Sonntag in Saberners „Zinoli“. In der „Arche“ wird Wittich über „Heinrich Heine“ und im „Zinoli“ über „Eskaveri im Alterthum“ sprechen. Man darf wohl erwarten, daß auch diesmal das Bestreben der Kartellkommission, für einen geringen Eintrittspreis große und vollständige Vorträge zu arrangieren, durch recht zahlreichen Besuch unterstützt wird.

Der Vater Konsumverein hält am nächsten Sonntag, Nachmittags 3 Uhr, in der „Arche“ seine Generalversammlung ab, auf welche die Mitglieder an dieser Stelle aufmerksam gemacht werden. Jährlichmüßigerweise heißt es in der Versammlungsanzeige die Mitglieder hätten sich durch ihr Mitgliedsbuch zu legitimiren. Das ist unmöglich, weil die Mitgliedsbücher in Händen des Vorstandes sind. Selbstverständlich haben sich die Mitglieder durch ihre Legitimationkarte als solche auszuweisen. Das Geschäftsergebn für das zweite Halbjahr 1897 war den vertheilten Geschäftsberichten zufolge ein gutes. Der Vorstand schlägt vor, eine Dividende von 8 Prozent zu vertheilen.

Wilhelmshaven, 10. März.

Die Budgetkommission des Reichstages beschäftigt sich vorgestern mit den außerordentlichen Ausgaben des Marinebudgets. Unter diesen Ausgaben befindet sich auch die Forderung von 60000 Mark zur Vergrößerung des Werftkrankenhauses hier. Es ist auch die höchste Zeit, daß diese Wohlthatigkeit, um die man schon so viel Aufhebens gemacht hat, vergrößert wird. Was will das heißen, ein Krankenhaus mit 56 Betten für circa 6000 Werftarbeiter und deren Angehörige! Hoffentlich werden nun die Forderungen, welche die Arbeitervertreter betrefis der Einrichtung und der Mitkontrolle schon seit 12 Jahren erhoben werden, erfüllt. Von der Werftbetriebskrankenhaus wird das Krankenhaus unterhalten und doch haben die Vertreter der Arbeitervertreter so gut wie keinen Einfluß auf die Vermoaltung und Einrichtung. Die evang. Krankenschwestern und der Arzt berathen dort mit der Werftbureaukratie so ziemlich unumschränkt. Die Forderung wurde selbstverständlich bewilligt.

Auch die geordnete Beihilfe für die Erbauung einer evangelischen Kirche in Bant war Gegenstand der Verhandlung. Die Zentrumsfraktion bewußt diese Forderung, um für sich auch etwas, d. h. mehr wie die Evangelischen fordern, herauszuschlagen. Der Abg. Dr. Lingens beantragte, die Forderung abzulehnen, da für eine evang. Kirche in Bant kein Bedürfnis vorhanden sei, dagegen aber für den Bau einer kathol. Garnisonkirche in Wilhelmshaven als 1. Rate 220 000 Mk. in den Etat einzustellen. Diese Kirche sei ein unausschießbares Bedürfnis. Man sieht, „katholisch“ ist Trumpf. Dr. Lieber, der Zentrums-Diplomat und kein Freund von starken Trümpfen, trat seinem Fraktionsgenossen Dr. Lingens entgegen. Er führte aus, daß nach seinen Informationen das Bedürfnis für eine evangelische Kirche in Bant vorhanden sei, aber auch für eine katholische Garnisonkirche in Wilhelmshaven. Er beantragte daher, die Reichsregierung aufzufordern, in den nächsten Etat eine entsprechende Summe für den Bau einer katholischen Kirche in Wilhelmshaven einzustellen. Die Forderung zum Bau der Kirche in Bant wurde genehmigt und der Resolution Liebers zugestimmt. Der Pastor Darms, der mit Hilfe seines Bruders im Reichsamtamt es fertig brachte, daß die Beihilfe für die Bantter Kirche in den Marineetat kam, wird sich freuen, daß seine katholischen Konkurrenten, die er so herzlich haßte und wohl noch haßt, so ein gutes Geschäft dadurch gemacht haben. „Katholisch“ ist eben Trumpf und Lieber kann mehr bieten, als die ganze Familie Darms. Wenn nur die Ungläubigen nicht auch die Zeche des Pfaffenpietis mit bezahlen müßten.

Bei der Explosion des amerikanischen Kriegsschiffes „Maine“ ist auch ein deutscher, in amerikanischen Diensten stehender Matrose, Namens Brinmann aus Barel, umgekommen.

Odenburg, 8. März.

Schwurgericht. Vor dem Schwurgericht, das seine Sitzungen heute begonnen, haben sich folgende Personen zu verantworten: 1. Gutz, Dienstag den 8. März, Vormittags 10 Uhr, Schneidergeselle Peter Burger, hier in Oast, wegen Brandstiftung; Vertheidiger Rechtsanwalt Cordes. 2. Feuermann Gerhard Hinrich Spielermann in Delfshausen, wegen Brandstiftung; Vertheidiger Rechtsanwalt Koch. 3. Wittmod, 9. März, Vormittags 10 Uhr, Kabinenrat Karl Glup, zur Zeit hier in Oast, wegen Verbrechen wider die Stittlichkeit; Vertheidiger Rechtsanwalt Wöhring. 4. Nachmittags 5 Uhr Arbeiter Emil Panetamp in Odenburg, wegen des gleichen Verbrechens; Vertheidiger Rechtsanwalt Casar. 5. Donnerstag, 10. März, Vormittags 10 Uhr, Sophie Zimmer, gen. Geerten, unerschuldet hierseibst, und Anna Schmarling, Ehefrau des Arbeiters Gerhard Schmarling hierseibst, wegen Weineids, begn. Anstiftung zum Weineid; Vertheidiger Rechtsanwalt Müller und Kraushofer. 6. Nachmittags 5 Uhr Arbeiter Friedrich Ziefseid, gen. Johann Diederich, aus Delmenhorst, wegen Brandstiftung; Vertheidiger Rechtsanwalt Carlens. 7. Freitag, 11. März, Vormittags 10 Uhr, Schloßergeselle Gerd Friedr. Johann Tarks aus Jener, wegen Stittlichkeitsverbrechens; Vertheidiger Rechtsanwalt Brustkat. 8. Nachmittags 5 Uhr Arbeiter Heinrich Bart aus Wadthum, wegen Weineids; Vertheidiger Rechtsanwalt Rahnauer. 9. Nachmittags 6 Uhr Dienstmagd Permine Auguste Kintemeyer aus Winkelsheide, wegen Rindesmords; Vertheidiger Rechtsanwalt Grevling. 10. Sonnabend, 12. März, Vormittags 10 Uhr, Matrose Wilhelm Wartens aus Rapsburg, wegen Raubes; Vertheidiger Rechtsanwalt Schwarz. 11. Vormittags 11 Uhr Bierverleger Wilhelm Grigolaitz aus Delmenhorst, Bäcker und Kaufmann Ernst Scharf daselbst, und Jigarenmacher Job. Bernh. Bohrmann daselbst, wegen Weineids, begn. Anstiftung zum Weineid; Vertheidiger die Rechtsanwälte Barthel und Kraushofer. 12. Nachmittags 5 Uhr Gesine Drauschte, Ehefrau des Arbeiters Anton Drauschte in Kopperhorn, wegen Weineids; Vertheidiger Rechtsanwalt Cordes. — In der heutigen ersten Sitzung wurde zuerst die Anklage gegen den wiederholt bestraften Schneidergesellen Burger aus Rall verhandelt, der am 2. December v. J. zu Pirgo bei Altenoythe einem dem Landmann Bloch gehörigen Schafstall boswällig in Brand gesteckt hatte. Die Geschworenen sprechen das Schuldig aus und lauten das Urtheil auf 1 Jahr Gefängnis. Der zweite, der Brandstiftung Angeklagte war der Feuermann Spielmann aus Delfshausen. Er soll das Haus, in welchem er wohnte, vorläufig in gewinnbringender Absicht, um die Versicherungsumme zu erlangen, in Brand gesteckt haben. Schon zwei Mal ist Spielmann abgeurteilt, nachdem er sein Inventar hoch verfertigt gehabt. Die Geschworenen verurtheilen die Schuldfrage, worauf der Angeklagte freigesprochen wurde.

Kollektionsung. In der heute abgehaltenen Sitzung der hiesigen Kollegen wurde zunächst das Schlachthausstatut geändert. Seit dem Bestehen des Schlachthaus wurde von den an der Peripherie der Stadt wohnenden Leuten, die meistens selbst Schweine mästen, petitionirt um Erlaubnis zum Schlachten in den Gassen. Der Magistrat hatte sich stets ablehnend verhalten. Heute wurde nun beschlossen, daß der Magistrat fortan im Bedarfsfälle solchen Leuten erlauben darf, ihre selbstgemästeten und

Geschäfts-Eröffnung.

Einem verehrten Publikum von Bant, Wilhelmshaven u. Umgegend die ergebene Mittheilung, daß ich im Hause Neue Wilhelmsh. Straße 6 eine

Buchbinderei

sowie ein Papier- und Galanteriewaaren-Geschäft eröffnet habe. Bei vorkommendem Bedarf bitte um gütigen Zuspruch. Eine prompte und reelle Bedienung zusichernd zeichne hochachtungsvoll u. ergebenst

Fr. Gräper.

ff. Margarine.

Ich empfehle als Ersatz für Naturbutter

Feinste Margarine

Marke FF à Pfd. 65 g.

Marke II à Pfd. 55 g.

Prima Braten-Schmalz

à Pfund 50 g.

Mohren-Kaffee u. Cacao

sehr billig.

Gebrannten Kaffee

à Pfd. 1,10 bis 1,60 M.

Feigen-Kaffee, Surrogat,

Corned-Beef.

H. Pökel-Fleisch

Pfd. 65 g.

H. Rahmkäse Pfd. 80 g.

Sämmtliche Artikel in stets frischer

Waare vorzüglich im Spezialgeschäft für

den Verkauf von Fabrikaten aus der

Fabrik von A. F. Mohr

A. H. Onken,

Neue Wilh. Straße 14,

Loundelch, Gdterstr. 8a, Ecke der

Margarethenstraße.

U

für die neu eintreffenden

Frühjahrs-Artikel Was

zu schaffen, verkaufe

einen Posten

doppeltbreite, waschichte,

farrirte

Kleider-Stoffe

per Meter

85 Pfennig

früherer Preis 1,15 Mark.

S. Janover,

Marktstraße 35.

Wein gut assortirtes

Weinlager

bringe hiermit in empfehlende Erinnerung

und halte mich bei Bedarf bestens em-

pfiehlt.

R. Keil, Drog. u. rothen Kreuz.

Reinigen 1,50 M.

neue Feder 1,50 M.

Uhrglas 30 g.

J. Schöneboom,

Urmach. N. Wilh. Str. 31

Uhren

Bruthennen

werden zu kaufen gesucht

Bismarckstraße 33.

Vorträge des Hrn. Manfr. Wittich

Schriftsteller aus Leipzig.

Sonnabend den 12. März, Abends 8 1/2 Uhr,

im Saale des Herrn Gemoll (Arch), über

„Heinrich Heine“.

Sonntag den 13. März cr., Abends 7 1/2 Uhr,

im Saale des Herrn Sadowasser (Zinoll), über

„Sklaverei im Alterthum“.

Karten sind zu haben in den Lokalen der Herren Gemoll, Sadowasser, Loh, in der Cigarrenhandlung des Herrn Göring, in der Buchhandlung des „Nordd. Volksblattes“ sowie bei den Delegirten des Kartells zum Preise von 30 Pf.

An der Kasse 40 Pf.

Zum Besuche ladet freundlichst ein

Die Kartellkommission.

G. Dweehus,

20 Neue Wilhelmsh. Strasse 20.

Empfehle eine reichhaltige Auswahl in

Herren-, Knaben- u. Arbeiter-Garderobe

sowie

Häse, Hüte, Mützen, Kravatten, Schirme usw. zu besonders billig gestellten Preisen.

Führe nur extra gute Waare.

G. Dweehus,

20 Neue Wilhelmsh. Strasse 20.

Der wahre Jacob Nr. 303

ist erschienen. Preis 10 Pf. Bei Abonnement pünktliche Lieferung. Buchhandlung des Nordd. Volksblattes.

Restaurant „Concordia“.

Jeden Freitag, Sonnabend und Sonntag:

Humorist. Abendunterhaltung

wozu freundlichst einladet

H. Nannen, Berl. Börsenstr.

Empfehle:

Allerbeste Speise-Kartoffeln,

sowie alle Sorten Gemüse.

F. Klügling, Verl. Börsenstr. 12.

Ausverkauf!

Verschiedene zurückgesetzte verz. und email. Wannen, Waschkessel, Eimer (und was sich sonst vorfindet) sollen zu **Einkaufspreisen** verkauft werden.

Ferner wegen Aufgabe des Artikels versch. Werkzeuge für Schreiner, Schlosser zc.

Ernst Lammers, Peterstr. 85,

nähe Werftthor 1.

Sprechstunde.

Ich halte jeden Sonntag Vormittag von 9 1/2 bis 12 1/2 Uhr im Hotel Banter Hof in Bant Sprechstunden ab.

Rechtsanwalt Carstens, Eldenburg.

Strohüte und Federn

zum Waschen resp. Kränfeln nimmt zur schnellsten Beforgung entgegen

Frau Wilhelmine Meyer, Puhgeßhäft, Verlängerte Marktstraße 1.

Rich. Beyer

Photographisches Atelier

Neue Wilhelmsh. Strasse 66

empfiehlt sich zu künstlerischen Aufnahmen jeden Genres.

Konfirmanden-Aufnahmen

zu Ausnahme-Preisen.

Prima Glühkörper

— unerreicht —

an Leuchtkraft und Brenndauer, à Stück 0,75 Mt.

Spezialgeschäft f. Beleuchtungs-Gegenstände

Heinr. Nienstedt

Marktstraße 31.

Verein für Geflügelzucht Bant.

Sonnabend den 12. März,

Abends 8 1/2 Uhr,

Ausserordentliche

Versammlung

im Vereinslokale A. Kruse, Banter Hof. Der Vorstand.

Zur Beachtung!

Unterschiedener ist vom Bürgerverein Neubremen beauftragt, für dessen Mitglieder die

Gintommensteuer nach jeder zu bezogen. Ich nehme daher zur Zeit von diesen wie auch von anderen Gemeindebürgern die jetzt fälligen Steuerbeträge zur Beforgung in Empfang.

Heino Jansson,

Berl. Börsenstr. 9.

Restaurant Concordia.

Freitag und Sonnabend

von 8 Uhr ab:

Kartoffel-Buffer.

Hierzu ladet freundlichst ein

H. Nannen,

Berl. Börsenstr.

Zur scharfen Gde.

Heute Abend frische

Semmel-, Blut- und

Leberwurst.

B. Tiesler Ww., Neuhappens.

Mieth-Quittungsbücher

sind vorrätzig in der

Expd. des Nordd. Volksbl.

Wulf & Francksen



Ausstellung fert. Betten.

Einschlüßige Betten Nr. 8

aus grau-rot gestreiftem Körper mit 14 Pfund Federn

Oberbett 6,—

Unterbett 6,—

1 Kissen 2,50

BR. 14,50

Zweischläßig BR. 20,50

Einschlüßige Betten Nr. 10

aus roth-grau gestreiftem Atlas mit 16 Pfund Federn.

Oberbett 10,25

Unterbett 10,25

2 Kissen 7,—

BR. 27,50

Zweischläßig BR. 31,—

Einschlüßige Betten Nr. 10b

aus roth-rosa gestreiftem Atlas mit 16 Pfund Federn.

Oberbett 13,50

Unterbett 13,50

2 Kissen 9,—

BR. 36,—

Zweischläßig BR. 40,50

Einschlüßige Betten Nr. 11

aus rothem oder roth-rosa Atlas mit 16 Pfund Halbbaunen.

Oberbett 17,50

Unterbett 17,50

2 Kissen 10,—

BR. 45,—

Zweischläßig BR. 60,50

Einschlüßige Betten Nr. 12

Oberbett aus rothem Daunenkörper, Unterbett aus roth. Atlas mit 16 Pfund. Daun. u. Federn.

Oberbett 22,—

Unterbett 20,50

2 Kissen 12,—

BR. 54,50

Zweischläßig BR. 61,—

Billigere Betten in jeder Preislage.

Verantwortlich für die Redaktion: B. Koriff in Wilhelmshaven; Druck und Verlag von Paul Hug in Bant.